

BEHINDERTENBEAUFTRAGTER
DES LANDES NIEDERSACHSEN

**Ein Gleichstellungsgesetz
für Niedersachsen
Jetzt!**

Pressespiegel

Achim, 6. Mai 2004

„Achimer Kreisblatt“

Beirat bietet Hilfe an

Achimer kämpfen für die Gleichstellung von Behinderten

ACHIM ■ Um die Achimer Bevölkerung über seine aktuellen Aktionen zu informieren, wird der Senioren- und Behindertenbeirat an diesem Sonnabend, 8. Mai, auf dem Achimer Wochenmarkt mit einem Infostand vertreten sein. Derzeit kämpfen die Mitglieder besonders an einer Front: Anlässlich des europäischen Protesttages am vergangenen Mittwoch zur Gleichstellung behinderter Menschen legte eine Abordnung des Landesbehindertenrates im niedersächsischen Sozialministerium Fragen von allen Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräten vor, die diese in einer „konzertierten Aktion“ zur Umsetzung des Bundesgleichstellungsgesetzes in ein Landesgleichstellungsgesetz für Niedersachsen formuliert haben, erklärte Knut Pickert.

Der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Achim

fragt die Niedersächsische Sozialministerin, Dr. Ursula von der Leyen zur Gleichstellung behinderter Menschen: 1.) „Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein?“ 2.) „Was können wir tun, um sicherzustellen, dass ausreichend Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zur Verfügung

■ Stand auf dem ■ Wochenmarkt

stehen?“

Während des 15. Treffens des Landesbehindertenrates am 18. März 2003 hat der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Gerd Hoofe, erklärt: „Wir beabsichtigen, einen Gesetzentwurf für ein Gleichstellungsgesetz in

den Landtag einzubringen. Das wird so rechtzeitig geschehen, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode des Landtages verabschiedet werden kann.“

Daraufhin hat der Landesbehindertenrat, in dem der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Achim aktiv mitarbeitet, am 29. September dem niedersächsischen Staatssekretär Hoofe, wie während des 15. Treffens des Landesbehindertenrates vereinbart, ein Eckpunktepapier zu einem niedersächsischen Gleichstellungsgesetz übergeben, berichtet Knut Pickert. Da nach mehr als einem Jahr nach der Ankündigung von Dr. Leyen noch kein Verbandsentwurf zur Anhörung gestellt wurde, bietet der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Achim der Niedersächsischen Sozialministerin Unterstützung bei der Formulierung eines Gesetzes an.

Achim, 6. Mai 2004

„Weser Kurier“

Behindertenbeirat
Knut Pickert
Postfach 14 61
28820 Achim
E-mail: Knut.pickert@sebe-
achim.de

Behinderte fordern mehr Barrierefreiheit und Teilhabe

Gleichstellungsgesetz des Landes lässt auf sich warten

Von unserem Redakteur
Matthias Makosch

Landkreis. Selbstbestimmung, uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Barrierefreiheit im baulichen und zwischenmenschlichen Bereich – das sind die Forderungen von Behindertenvertretern, denen sie heute am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen Nachdruck verleihen wollen. Darüber haben wir mit Knut Pickert, dem Sprecher des kreisweit einzigen Senioren- und Behindertenbeirates (Achim), gesprochen.

Herr Pickert, der Bund hat das Gleichstellungsgesetz für Behinderte verabschiedet, ein Gesetz auf Landesebene sollte folgen. Wie weit ist das?

Sozialministerin Ursula von der Leyen hatte das im Vorjahr angekündigt. Still ruht der See seither. Vieles hängt an der Landesgesetzgebung, da sie wichtige Bereiche wie das Bauwesen regelt. Die Behindertenbeiräte haben gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeauftragten

Karl Finke einen Katalog aufgestellt, in dem sie unter anderem den barrierefreien Umbau von Gaststätten, öffentlichen Gebäuden und Haltestellen fordern. Auch sollten ausreichend behindertengerechte Wohnungen und Hotelzimmer vorgehalten werden, auf öffentlichen Plätzen Blindenleitsysteme installiert und Ampeln mit Blindensignalanlagen versehen werden. Zudem sollten in jedem Landkreis Behindertenbeiräte eingerichtet werden. Ihre Mitglieder sensibilisieren Politiker für Belange der Behinderten schon durch bloße Anwesenheit in Ausschüssen. Das Assistenzmodell sollte ebenfalls flächendeckend eingeführt werden: Ein persönlicher Assistent ermöglicht dabei einem behinderten Menschen das selbstbestimmte Leben außerhalb eines Heimes.

Wo sehen Sie die Defizite vor Ort?

In Achim können wir gar nicht groß meckern, da ist vieles geregelt. Die Haltestellen sind behindertengerecht umgebaut worden, allerdings leider noch nicht alle Busse umgerüstet. Das wohnortnahe, integrative Beschulen von behinderten und nichtbeninderten Kindern im Rahmen des Regionalen Integrations-Konzeptes (RIK) an Grundschulen ist ganz passabel. Das jüngst kritisierte behindertengerechte, öffentliche WC gehört für mich übrigens auch zum Standard. Probleme sehe ich bei vielen Gebäuden, die nicht barrierefrei sind. Die Achimer Realschule etwa hat viele Treppen. Das hat schon dazu geführt, dass ein behindertes Mädchen stattdessen auf die Hauptschule geht. Die beiden Nebenstellen der Post haben Stufen. Die Post sagt, um Barrierefreiheit müssten sich die beiden Agenturen kümmern. Diesen kleinen Gewerbetreibenden können wir den Umbau aber nicht zumuten.

Bauliche Veränderungen kosten Geld, die öffentlichen Kassen sind aber leer. Um Geschäftsinhaber

zur Barrierefreiheit zu zwingen, wäre eine Änderung des Zivilrechtes wie in der Schweiz notwendig. Woher soll das Geld kommen, um die Forderungen durchzusetzen?

Die Behindertenverbände wollen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries zu einem zivilrechtlichen Antidiskriminierungsgesetz bewegen. Damit wäre das einklagbar. Können wir bei einem Thema wie der Menschenwürde sagen: Dafür ist kein Geld da? Sicherlich kann man nicht alle Geschäfte ebenerdig machen. Aber wenn sich in den Köpfen etwas bewegt, ist auch da etwas machbar. In Achim können Rollstuhlfahrer nach Gesprächen nun durch ein ebenerdiges Geschäft in zwei für sie ansonsten unerreichbare Geschäfte gelangen. Gaststätten könnten

mit Großschriftkarten und Diätessen Kunden dazu gewinnen. Weitere Änderungen können Kosten sparen: Der Kreis hat vor dem Hintergrund einer alternierenden Gesellschaft das Thema „Wohnen im Alter“ aufgegriffen. Denn die Heimunterbringung muss er oft über die Sozialhilfe mitfinanzieren. Das Geld könnte der Kreis für eine verbesserte Infrastruktur ausgeben, die das längere Wohnen zu Hause ermöglicht. Das ist langfristig günstiger. Auf der Achimer Baumesse wollen wir über Voraussetzungen für altengerechtes Wohnen informieren. Wer sich das vorher überlegt, kann später Umbaukosten sparen.



Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Behindertenbeirat der Stadt
Bassum
Mechthild Strake
Nienburger Str. 17
27211 Bassum
E-mail:
mechtild.strake@web.de

Bassum, 5. Mai 2004

„Kreiszeitung“

„Denn wir haben die Erfahrung“

Behindertenbeiräte in Niedersachsen bieten ihre Mitarbeit beim Gesetzentwurf an

Von unserem Redakteur
Ulrich Tatje

Bassum. Niedersachsen gehört zu den Bundesländern, die noch kein eigenes Gleichstellungsgesetz haben. Angekündigt ist dieses Gesetz. Gerd Hoofe, Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit von Dr. Ursula von der Leyen, hatte im März vergangenen Jahres bei einem Gespräch mit dem Landesbehindertenrat einen Gesetzentwurf angekündigt und zugesagt, das Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode auf den Weg

zu bringen. Im September hatte der Landesbehindertenrat, ein Zusammenschluss der 61 örtlichen Behindertenbeiräte, dem Ministerium ein Eckpunktepapier mit Wünschen, Vorschlägen und Ideen übergeben.

Bis jetzt, wundern sich Martin Zaleski und Mechthild Strake vom Bassumer Behindertenbeirat, sei noch nichts über den Gesetzentwurf bekannt geworden. Zaleski, Rollstuhlfahrer und Mitarbeiter der Stadtverwaltung: „Es ist zu befürchten, dass das Gesetz so abgespeckt wird, dass wir es nicht mehr brauchen.“ Anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung behinderter

Menschen am morgigen Mittwoch wollen die 61 Behindertenbeiräte Ministerin von der Leyen viele unterschiedliche Fragen stellen.

Die Bassumer wollen, „wie wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein können“ und wie sicherzustellen ist, „dass bei der Planung und Durchführung von Umbauten an Straßen und Plätzen der örtliche Behindertenbeirat beteiligt werden muss?“ Die Beiräte bieten auf diese Weise noch einmal ihre Mitarbeit an dem Gesetz an, „denn wir haben die Erfahrung.“

Brief an das Sozialministerium

Mitglieder des Bassumer Behindertenbeirates beteiligen sich an landesweiter Fragen-Aktion

Bassum, 5. Mai 2004

„Weser Report“

EN RUNGE

Zwei Bassumer setzen sich im Landesbehindertenrat für das Gleichstellungsgesetz von behinderten Menschen ein.

BASSUM „Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein? Was können wir tun, um sicherzustellen, dass bei der Planung und Durchführung von Umbauten an Straßen und Plätzen der örtliche Behindertenbeirat oder Behindertenbeauftragte beteiligt werden muss? Diese Fragen bekommt heute der Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium, Gerd Hoofe, schriftlich auf seinem Schreibtisch. Die Absender sind Mechthild Strake und Martin Zaleski. Beide gehören dem Bassumer Behindertenbeirat an und sind auch Mitglied im Landesbehindertenbeirat.

Die Fragen aus Bassum sind übrigens nicht die einzigen, die heute im Sozialministerium eingehen. Alle 61 Behindertenbeiräte Niedersachsens werden Fragen stellen. Dass dies gerade heute geschieht, hat seinen Grund: „Am 5. Mai ist der europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen“, erklärt Mechthild Strake.

Hintergrund der Fragen-Aktion ist eine Anklündigung von Staatsse-



Die beiden Bassumer Mitglieder des Landesbehindertenrates, Mechthild Strake und Martin Zaleski, zeigen das Eckpunktepapier zum Gleichstellungsgesetz. Foto: Runge

kreitär Hoofe, noch in dieser Legislaturperiode einen Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz im Landtag einzubringen. „Diese Anklündigung ist mittlerweile über ein Jahr her und nichts ist bislang passiert“, gibt

Martin Zaleski Auskunft. „Ob in einem Gesetzesentwurf auch alle wichtigen Punkte zur Gleichstellung eingearbeitet werden, ist fraglich. Eine abgespeckte Version nützt nichts“, ergänzt Mechthild Strake.

Aus diesen Grund hat der Landesbehindertenbeirat ein Papier erarbeitet. Hierin sind wichtige Punkte aufgeführt, die nach Meinung der Ratsmitglieder unbedingt in ein Gleichstellungsgesetz gehören.

Straßenbau auch ohne Barrieren?

Behindertenbeirat fragt Sozialministerin

BASSUM (gru) • Rechtzeitig zum 5. Mai, dem Europäischen Profestag zur Gleichstellung behinderter Menschen, wendet sich der Behindertenbeirat der Stadt Bassum an das Niedersächsische Sozialministerium.

„Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein?“, fragen Mechthild Strake, Vorsitzende des Bassumer Behindertenbeirates, und ihr Stellvertreter, Martin Zaleski, in einem Papier. Morgen sollen es der Staatssekretär im Sozialministerium, Gerd Hoofe, und damit auch Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen erhalten.

Alle 61 Behindertenbeiräte Niedersachsens wenden sich morgen an die Landesregierung, jeder mit einer anderen Frage. Die Bassumer wollen wissen: „Was können wir tun, um sicherzustellen, dass bei der Planung und Durchführung von Umbau-

ten an Straßen und Plätzen der örtliche Behindertenbeirat oder der Behindertenbeirat beteiligt werden muss?“ Das Bassumer Gremium nutzte zuletzt sein Mitspracherecht für die Planungen zum Umbau der Alten Poststraße.

Hintergrund der Aktion ist die Anündigung Hoofes im März vergangenen Jahres, noch in dieser Legislaturperiode einen Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz in den Landtag einzubringen. „Aber ein Jahr ist um, und wir hören nichts“, erläuterte Mechthild Strake, Vorsitzende des Behindertenbeirates, die auch im Landesbehindertenbeirat mitarbeitet. Sie und ihr Stellvertreter Zaleski befürchten, dass, wenn die Betroffenen vor dem Entwurf eines Gesetzes nicht gehört werden, ihre wichtigsten Forderungen möglicherweise vergessen würden. „Oft ist es gar kein böser Wille“, so Strake, aber: „Eine abge-

nützt uns nichts.“ Seit zwei Jahren gibt es bereits ein Gesetz auf Bundesebene, das allerdings nur regelt, wie in bundeseigenen Gebäuden behindertengerecht gebaut werden muss. Neun Bundesländer, darunter Niedersachsen, haben noch kein eigenes Behindertengleichstellungsgesetz.

Der Niedersächsische Landesbehindertenrat hat im

„Weitgehend barrierefrei“, so äußerten sich Martin Zaleski und Mechthild Strake vom Behindertenbeirat der Stadt Bassum, wird derzeit die Alte Poststraße umgebaut. Foto: Grulke

September ein „Eckpunktepapier“ verfasst, in dem er unter anderem vorschlägt, wie beispielsweise die Beschulung – eine Sache, für die die Länder zuständig sind – geregelt werden soll: möglichst integrativ. Gefordert wird in dem Papier außerdem die Barrierefreiheit aller öffentlichen Gebäude. Nach dem Wunsch des Landesbehindertenbeirates soll-

ten auch Gaststätten und Hotels verpflichtet werden, „in spätestens zehn Jahren barrierefrei zugänglich“ zu sein. Auch die im öffentlichen Personennahverkehr in Niedersachsen tätigen Beförderungsunternehmen sollen ihre Fahrzeuge und Haltestellen barrierefrei gestalten müssen. Zudem soll Barrierefreiheit Vorrang vor Denkmalschutzinteressen haben.

Bassum, 5. Mai 2004

„Weser Kurier“



Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

c/o Beirat für Menschen mit
Behinderungen LK Cuxhaven
Claudia Ehlers
Im Mittelteil 21
27472 Cuxhaven
E-mail: claudia.ehlers@t-
online.de

Rollenspiele und ein Rollstuhl-Parcours

Beteiligung an Gleichstellungsgesetz eingefordert

cn/sg. – Anlässlich des heutigen Protesttages zur Gleichstellung behinderter Menschen pocht der Beirat für Menschen mit Behinderungen des Landkreises Cuxhaven auf eine Beteiligung am geplanten Gleichstellungsgesetz und drängt auf eine Reaktion von Sozialministerin Ursula von der Leyen.

„Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein? Was können wir tun, um sicherzustellen, dass ein angemessener Anteil der Zimmer, Zugänge und andere Räumlichkeiten in Hotels barrierefrei gestaltet sind? Bitte fragen Sie uns, denn wir haben die Erfahrung“, heißt es in einer **Presse**erklärung des Behin-

dernten-Beirates. Der Landesbehindertenrat habe bereits im September 2003 ein Eckpunktepapier zum geplanten Gleichstellungsgesetz übergeben, heißt es in der Erklärung weiter. Seitdem sei jedoch noch kein Verbandsentwurf zur Anhörung vorgestellt worden.

Unter dem Motto „Dabei sein und mehr“ wollen die Cuxhavener Behinderten-Organisationen am **heutigen Mittwoch** von 10 bis 13 Uhr auf dem Kaemmererplatz über ihre Arbeit informieren und mit Aktionen auf ihre Probleme aufmerksam machen. Angekündigt sind Infostände und ein Rollstuhlparcours. Außerdem gibt es Rollenspiele von Mitarbeitern der Lebenshilfe-Werkstätten und andere Mitmachaktionen.

Cuxhaven, 5. Mai 2004

„Cuxhavener Nachrichten“

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Delmenhorst, 5. Mai 2004

„Delmenhorst-Service“

Behindertenbeauftragter der
Stadt Delmenhorst
Ulrich Gödel
Lange Str. 1a
27749 Delmenhorst
E-mail:
ulrich.goedel@delmenhorst.d
e

Sozialministerin soll Hilfe für Gleichstellungs-Gesetz erhalten

AUFRUF Heute europäischer Protesttag behinderter Menschen

Die Kommission für Behindertenfragen schreibt Ursula von der Leyen (CDU) an.

DELMENHORST/UA – Die Kommission für Behindertenfragen in Delmenhorst mit Klaus-Dieter Lange an der Spitze und der Behindertenbeauftragte der Stadt, Ulrich Gödel, bieten Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) Unterstützung bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes an. Zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen am heutigen 5. Mai, fragen sie die CDU Politikerin: „Was können wir tun, um sicherzustellen, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an gesellschaftlichen Entscheidungen sichergestellt wird und alle Haltestellen des öffentlichen Personenverkehrs barrierefrei gestaltet werden?“

Während des 15. Treffens des Landesbehindertenrates im März 2003 habe der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Gerd Hoofe, einen Gesetzentwurf für ein Gleichstellungsgesetz angekündigt. Ein Gesetz, so hieß es, solle noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Von der Leyen habe dies bei der zentralen

Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen in Hannover nochmals bestätigt. Daraufhin habe der Landesbehindertenrat, in dem der Behindertenbeauftragte der Stadt Delmenhorst Mitarbeiter Hoofe, wie während des 15. Treffens des Landesbehindertenbeirates vereinbart, ein Eckpunktepapier zu einem niedersächsischen Gleich-

stellungsgesetz übergeben. Da nach mehr als einem Jahr nach der Ankündigung der Sozialministerin noch kein Verbandsentwurf zur Anhörung vorgestellt worden sei, fragten die Kommission und der Behindertenbeauftragte Sozialministerin Ursula von der Leyen nun öffentlich: „Wie können wir bei der Erstellung des Gesetzes helfen. Was können wir tun?“



Zu oft noch sehen sich Rollstuhlfahrer wie hier Mechthild Lübbers mit Tochter Georga Papesch Hindernissen gegenüber. FOTO: TAMMO ERNST

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Delmenhorst, 5. Mai 2004

„Delme Report“

Forderung nach Landesgesetz

„Wir werden schon seit einigen Jahren immer wieder vertröstet“, meint der Behindertenbeauftragte Ulrich Gödel, angesprochen auf das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz, das seit langem anvisiert, jedoch noch nicht umgesetzt worden ist. Den Europäischen Protesttag am heutigen Mittwoch wollen die Landesbehindertenbeauftragten und Landesbehindertenräte zum Anlass nehmen, nochmals auf die Dringlichkeit dieses Gesetzes hinzuweisen. Das Bundesgleichstellungsgesetz sei bereits seit 1. Mai 2002 in Kraft, weiß Ulrich Gödel, doch vieles sei nur über Landesrechte regelbar, die Bauordnung oder der öffentliche Personennahverkehr beispielsweise, wo auf Barrierefreiheit, Rampen und Haltestellenansagen geachtet werden solle. In den letzten beiden Punkten immerhin sei Delmenhorst landesweit ein Vorbild.

„Es geht um die Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe Behinderter am Leben in der Gemeinschaft“, sagt Ulrich Gödel und erinnert daran, dass es vor der jüngsten Landtagswahl sogar schon mal einen fertigen Gesetzesentwurf gab, dieser jedoch nicht zur Abstimmung gekommen und nach der Wahl nicht mehr konsequent verfolgt worden sei. (tic)

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Behindertenbeirat in der
Stadt Emden
Rohlf Jansen
Am Haskamp 1
26759 Hinte
E-mail:

Hilfe für einen Gesetzesentwurf

EMDEN - Der Behindertenbeirat der Stadt Emden bietet der niedersächsischen Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen seine Unterstützung bei der Formulierung des Gleichstellungsgesetzes für Behinderte an. Nachdem ein Jahr trotz der Zusicherung, einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Landtag einzubringen, nichts passierte, entschloss sich der Beirat zu diesem Schritt. Dieser befürchtet, dass „Geldmangel zum Gleichberechtigungsmangel“ wird.

Emden, 3. Mai 2004 - „Ostfriesen Zeitung“

Emden, 4. Mai 2004 - „Emder Zeitung“

Emder Behindertenbeirat bietet Ministerin Hilfe an

Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz lässt auf sich warten.

Der Emder Behindertenbeirat hat der niedersächsischen Sozialministerin **Dr. Ursula von der Leyen** seine Hilfe bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes angeboten. Die Absicht, ein

entsprechendes Gesetz einzubringen, hatte von der Leyen noch am 29. März 2004 im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung zum „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen“ bestätigt. Ein Jahr zuvor hatte der Staatssekretär im Sozialministerium, **Gerd Hoofe** erklärt: „Wir beabsichtigen einen Gesetzesentwurf

für ein Gleichstellungsgesetz in den Landtag einzubringen. Das wird so rechtzeitig geschehen, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode des Landtags verabschiedet werden kann.“

Bisher, so moniert der Behindertenbeirat in der Stadt Emden, sei noch kein Entwurf zur Anhörung vorgestellt wor-

den. Den Beirat interessiere nun, was man tun könne, um sicherzustellen, dass nicht Geldmangel zum Hinderungsgrund für das Gesetz werde.

Zugleich bietet der Beirat auch Formulierungshilfen an und richtet die Bitte an die Ministerin: „Fragen Sie uns, denn wir haben die Erfahrung.“

red

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Beirat fordert Gleichstellung Behinderter

GIFHORN. Angekündigt wurde es vor mehr als einem Jahr. Bis heute warten die Betroffenen jedoch vergeblich auf das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz. Zum 5. Mai, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen, erinnert der Behindertenbeirat im Landkreis die Verantwortlichen an ihre Versäumnisse und bietet Hilfe bei der Erstellung des Gesetzes an. Mehr als ein Jahr nach der Ankündigung der niedersächsischen Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen sei noch kein Verbandsentwurf zur Anhörung vorgestellt wurde, so die Beschwerde des Beirats.

Die Vorsitzende des Behindertenbeirats, Barbara della Monica, erklärt, dass es ihnen in erster Linie um Integration und Barrierefreiheit geht. Wohnortnahe Erziehung, Betreuung und Förderung außerhalb von Sondereinrichtungen seien das Ziel. „Das setzt Assistenz auf verschiedenen Ebenen voraus“, erklärt della Monica und zählt Bereiche wie Kindergärten, Universitäten, Freizeiteinrichtungen und den Arbeitsmarkt auf. Um Selbstbestimmung zu gewährleisten, müssten zum Beispiel öffentliche Gebäude und Ärzte für behinderte Menschen erreichbar sein, so della Monica. mhe

c/o Netzwerk beh. Frauen
Barbara della Monica
Nieland 10
38536 Meinersen
E-mail:
barbaradellamonica@web.de

Gifhorn, 4. Mai 2004

„Braunschweiger Zeitung“

Gifhorn, 4. Mai 2004

Behindertenbeirat bietet Mithilfe an

„Aller Zeitung“

Ziel: Die Schaffung eines Landes-Gleichstellungsgesetzes beschleunigen

Der Behindertenbeirat des Landkreises Gifhorn beteiligt sich an einer landesweiten Aktion niedersächsischer Behindertenbeiräte und -beauftragter – mit dem Ziel, die Schaffung eines niedersächsischen Landes-Gleichstellungsgesetzes zu beschleunigen. Auch

der Gifhorer Beirat bietet seine Mithilfe bei der Erarbeitung eines solchen Gesetzes an.

Aus diesem Grund fragt der Beirat die niedersächsische Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen zum europäischen Protesttag zur Gleichstellung

behinderter Menschen am 5. Mai, wie er bei der Erarbeitung helfen kann. Und: „Was können wir tun, um sicherzustellen, dass die besonderen Belange von behinderten Frauen berücksichtigt und die bestehenden Benachteiligungen beseitigt werden?“

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Behindertenbeauftragter für
den Ldkrs. Göttingen
Horst Quaschnig
Himmelsbreite 24
37085 Göttingen
E-mail:
horst.quaschnig@web.de

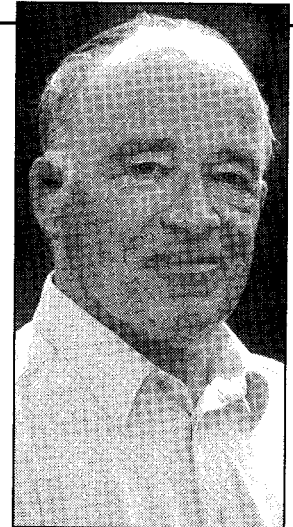
Göttingen, 4. Mai 2004

„Göttinger Tageblatt“

10 Fragen zur Person

Horst Quaschnig

Der ehrenamtliche Behindertenbeauftragte für den Landkreis Göttingen wurde am 28. August 1936 in Hannover geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder. Der parteilose Quaschnig bezeichnet sich selbst als Ochsentourbeamten, das heißt er durchlief alle Stationen vom Verwaltungslehrling in der Kommunalverwaltung bis zum höheren Dienst. Seine Hobbys sind Schwimmen und Rollstuhlfahrrad fahren, der 67-Jährige mag am liebsten Aufläufe jeglicher Art und schwedische Krimis, zum Beispiel von Henning Mankell. Sein Lebensmotto lautet: „Eile mit Weile“ oder auch „Erst nachdenken, dann reden!“ Am kommenden Mittwoch, 5. Mai findet der Europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen auch in Göttingen statt. Quaschnig: „Vorrangiges Ziel ist der Protest gegen die schleppende Behandlung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes durch die Landesregierung und den Landtag in Hannover.“



1. Der schönste Augenblicke in meinem Leben war...

... der 23. Dezember 1965 (meine Hochzeit).

2. Meine heimliche Leidenschaft ist...

... meine Ehefrau.

3. Ich kann so richtig auf die Palme gehen...

...bei nicht eingehaltenen Versprechungen.

4. In Südniedersachsen gefällt mir am besten...

...der Blick von der alten Bahntrasse über Groß Ellershausen auf Göttingen und Umgebung.

5. In Göttingen kann ich mich am meisten aufregen über...

...die Unerreichbarkeit des Kiessees für Rollstuhlfahrer.

6. Zum Langweilen finde ich...

...Diskussionsrunden. – Getretener Quark wird nicht fest, sondern breit getreten.

7. So richtig in Stimmung komme ich...

...mit der besten Ehefrau von allen bei einem Glas Roten nach einer gelungenen Theater-
vorstellung oder einem Konzert.

8. Die positivste Meldung der Woche war für mich...

... der Wille zur Rettung des Jungen Theaters.

9. Die für mich schrecklichste Nachricht der Woche waren...

...die Berichte über die andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak und die Not der
Zivilbevölkerung.

10. Im Jahr 2024 werde ich...

...mir die Welt von oben oder unten ansehen. – Letzteres ist am wahrscheinlichsten.

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Göttingen, 2. Mai 2004

„Extra Tip“

Protest für Behinderte

Aktion in Innenstadt

Göttingen (bar). Am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am Mittwoch, 5. Mai, wird es mehrere Aktionen geben. Unter dem Motto „Was ist sozial?“ soll von 12 bis 13 Uhr an der Jacobikirche ein „Puzzle des Sozialstaats“ entstehen. Politiker und Personen des öffentlichen Lebens seien eingeladen worden, sich am Zusammensetzen eines „Riesenpuzzles“ zu beteiligen, heißt es in einer Pressemitteilung. Außerdem soll ein Sozialquiz mit Gästen und Passanten stattfinden. Die Aktion wird unterstützt von der Aktion Mensch und veranstaltet von der Selbsthilfe Körperbehinderter, dem Behindertenbeirat, dem Blindenverein und der Kontaktstelle Kibis im Gesundheitszentrum.

Der Behindertenbeauftragte des Landkreises Göttingen, Horst Quaschnig, hat den Tag zum Anlass genommen, in einem Brief „gegen die schleppende Behandlung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen“ durch Landesregierung und Landtag zu protestieren. Er fragt: „Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein?“

Das Paritätische Sozialzentrum und seine Mitgliedsorganisationen stellen schließlich an diesem Tag ihren Gemeinschaftsbus vor. Die Jungfernfahrt beginnt um 10 Uhr auf dem Betriebshof der Göttinger Verkehrsbetriebe, Gustav-Bielefeld-Straße 1.

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Behindertenbeauftragter der
Stadt Hann.-Münden
Jürgen Beverförden
Michaeliskirche 24
34346 Hann.-Münden
E-mail:

Hann. Münden 6. Mai 2004

Beverförden will Land auf die Sprünge helfen

Städtischer Behindertenbeauftragter
startet Anfrage an Sozialministerium

HANN. MÜNDEN. „Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein?“ Das fragt der Mündener Behindertenbeauftragte die Landesregierung. Anlass ist der Europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen.

Laut Pressemitteilung fragt Behindertenbeauftragter Jürgen Beverförden Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen außerdem: „Was können wir tun, um sicherzustellen, dass die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung vorrangig auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgt?“

Laut Beverförden hat die Landesregierung bereits 2003 die Absicht geäußert, einen

Gesetzentwurf für ein Gleichstellungsgesetz in den Landtag einbringen zu wollen. Daraufhin habe der Landesbehindertenrat sich mit Staatssekretär Gerd Hoofe auf das Erstellen eines Eckpunktetpapier verständigt. Nach



Jürgen
Beverförden

mehr als einem Jahr liege allerdings noch immer kein Verbandsentwurf vor. Deshalb biete man dem Sozialministerium jetzt Hilfe an und frage: „Was können wir tun, um sicherzustellen, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an den gesellschaftlichen Entscheidungen sichergestellt wird?“ (RED)

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Stadt Meppen
Walter Teckert
Rosenstr. 27
49716 Meppen
E-mail: walter.teckert@t-
online.de

Europäischer Protesttag

„Runder Tisch“ fordert Gleichstellungsgesetz für Behinderte

Der „runde Tisch Behindertenarbeit“ und der Meppener Behindertenbeauftragte Walter Teckert haben zum europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen (5. Mai) die Landesregierung aufgefordert, ein Gleichstellungsgesetz zu schaffen.

Der Landesbehindertenrat, in dem der Behindertenbeauftragte der Stadt Meppen mitarbeitet, hat ein Eckpunktepapier zu einem Niedersächsischen Gleichstellungsgesetz erarbeitet. Es wurde am 29. September 2003 Staatssekretär Hoofe überreicht.

Der Meppener und seine Mitstreiter fragen sich, warum mehr als ein Jahr nach der An-

kündigung noch kein Verbandsentwurf zur Anhörung vorgestellt wurde. Der Landesbehindertenrat biete der Ministerin seine Hilfe an. Gerade die „Barrierefreiheit“ in den elektronischen Medien, die leichte Nutzbarkeit durch Menschen, die mit Einschränkungen ihrer Fähigkeiten leben müssen, sollte durch dieses Gesetz gefördert werden.

Meppen, 5. Mai 2004

„Meppener Tagespost“

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

c/o Behindertenbeirat der
Samtgemeinde Rodenberg
Claudia Kraupner
Suntalstr. 32
31552 Rodenberg
E-mail:

Protesttag für Gleichstellung

Behinderte demonstrieren

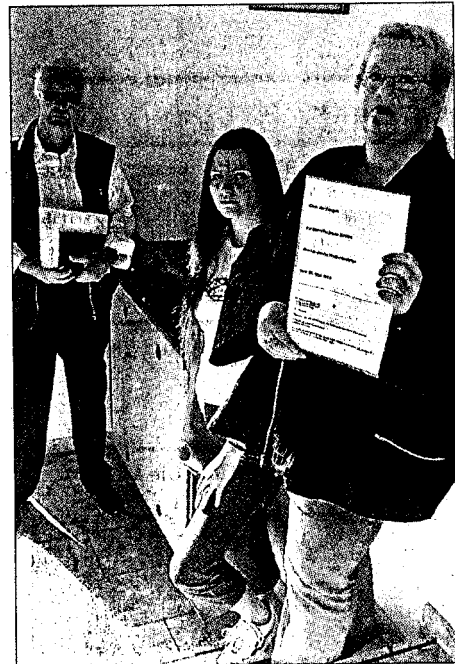
RODENBERG. Landesweit protestieren am morgigen Mittwoch Behindertenverbände für die Gleichstellung. Dreh- und Angelpunkt wird die Landeshauptstadt Hannover sein, wo Behinderte und Organisationen für die Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes in Niedersachsen demonstrieren werden.

In der Samtgemeinde Rodenberg informiert der Behindertenbeirat über die Aktion. „Neun Bundesländer haben bereits ein solches Gesetz“, sagt die Vorsitzende des Rodenberger Beirats, Claudia Kraupner. „Wir wollen darauf hinarbeiten, nicht die Nummer 15 zu sein“, mahnt Kraupner. Bereits im vergangenen Jahr habe ein Sprecher des Sozialministeriums erklärt, dass beabsichtigt werde, ein entsprechendes Gesetz einzubringen. Bis heute sei nichts passiert, sagt Kraupner.

Horst Müller, der ebenfalls im Rodenberger Behindertenbeirat tätig ist, erklärt, dass aus der Samtgemeinde eine Delegation zu der Veranstaltung nach Hannover entsendet. Von 13 bis 20.30 Uhr werden die Organisationen in Hannover auf das Recht auf Gleichstellung von Behinderten aufmerksam machen. Beginn der Veranstaltung ist am Kröpke.

Am Beispiel Rodenberg macht Kraupner deutlich, dass es bereits Kommunen gibt, die „vorbildlich“ die Belange behinderter Menschen in ihre Planungen einbeziehen. So seien beispielsweise die Blindenampel und die Pläne des Ratskellerausbaus, die eine Rampe für Rollstuhlfahrer vorsehen, Beispiele für das Engagement der Verwaltung. „Wir werden bei jedem Bauvorhaben zur Stellungnahme aufgefordert“, so Müller.

Damit die Gleichstellung Behinderter landesweit verbindlich wird, erinnern die Rodenberger an die Demonstration. „Der Landesbehindertenrat hat uns gebeten, auf die Problematik hinzuweisen“, sagt Kraupner. Ein umfassender Fragenkatalog soll am 5. Mai der Landesregierung übergeben werden. bab



Der Behindertenbeirat hat sich für den Treppenlift im Rathaus eingesetzt: Horst Müller, Claudia Peters und Claudia Kraupner. Jakobs

Rodenberg, 4. Mai 2004

„SN“

Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Ein Jahr nach der Zusage ist noch nichts geschehen – Beirat bietet Unterstützung an

RODENBERG (Ka). Der Behindertenbeirat der Samtgemeinde Rodenberg fragt die Niedersächsische Sozialministerin, Dr. Ursula von der Leyen, zum 5. Mai, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen: „Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein?“

Was können wir tun, um sicherzustellen, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an den gesellschaftlichen Entscheidungen sichergestellt wird? Was

können wir tun, um sicherzustellen, dass ein ausreichendes Angebot an barrierefreien Wohnungen vorgehalten wird?

Bitte fragen sie uns, denn wir haben Erfahrung!“ Während des 15. Treffens des Landesbehindertenrates am 18. März letzten Jahres hat der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Gerd Hoofe, erklärt: „Wir beabsichtigen einen Gesetzesentwurf für ein Gleichstellungsgesetz in den Landtag einzubringen und das wird so recht-

zeitig geschehen, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode des Landtages verabschiedet werden kann.“

10 Tage später unterstrich Dr. Ursula von der Leyen während der zentralen Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen in Hannover, dieses Vorhaben und bestätigte die Absicht.

Daraufhin hat der Landesbehindertenbeirat, in dem der Behindertenbeirat der Samtgemeinde Rodenberg mitarbeitet, der Ministerin und dem Staatssekretär

Ende September 2003 ein Eckpunktepapier zu einem Niedersächsischen Gleichstellungsgesetz übergeben.

Da nach mehr als einem Jahr noch kein Verbandsentwurf zur Anhörung vorgestellt wurde, fragt der Behindertenbeirat Rodenberg die Sozialministerin: „Wie können wir bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein? Der Beirat bietet seine Unterstützung auch bei der Formulierung des Gesetzes an.“

Foto: Ka

Rodenberg, 1. Mai 2004

„Wochenblatt“



Der Behindertenbeirat der Samtgemeinde Rodenberg überreicht am 5. Mai der Niedersächsischen Sozialministerin eine Aktionsliste, um ein Gleichstellungsgesetz voranzutreiben.

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Behindertenbeauftragter
Landkreis Rotenburg
Harald Glüsing
Postfach 1440
27344 Rotenburg
E-mail: harald.gluesing@lk-
row.de

Stadt Rotenburg, 7. Mai 2004

„Weser Kurier“

Beauftragte machen Dampf

Rotenburg (oer). Der Rotenburger Behindertenbeauftragte Harald Glüsing bietet der Landesregierung für das geplante Gleichstellungsgesetz seine Unterstützung an: Vor einem Jahr habe Hannover einen Entwurf angekündigt, danach habe er nichts mehr davon gehört. Landesweit haben Beauftragte daher Hilfe angeboten.

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Behindertenbeirat Stadt und
Landkreis Stade
Wolfgang Holz
Dammhauser Straße 31
21614 Buxtehude
E-mail: wholz@freenet.de

Behinderte warten auf Gleichstellung

Ministerin wird heute an Versprechen erinnert

Kreis Stade (je). In Niedersachsen warten Menschen mit Behinderungen immer noch auf ein Gleichstellungsgesetz. Daran wird heute das Sozialministerium in Hannover erinnert: Höflich, aber bestimmt tragen 55 Behindertenbeauftragte und -beiräte ihr Anliegen vor. „Wir brauchen rechtliche Grundlagen“, sagt die Vorsitzende des Beirates im Kreis Stade, Kerstin Prigge.



Kerstin Prigge. Foto: Eidtmann

Menschen mit Handicaps wissen ein Lied von der Benachteiligung zu singen, die ihren Alltag prägt. Sie wollen Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen und Veranstaltungen. Aber dafür bedarf es des Umdenkens und einiger Investitionen – etwa für die Schaffung barrierefreier Einrichtungen. „Das kostet nicht immer die Welt“, wissen die Sprecher Kerstin Prigge (Fredenbeck) und Manfred Holz (Buxtehude) vom Beirat für Stadt und Kreis Stade. Bei ihren Initiativen geben sie Denkanstöße und erleben oft Erfolge. „Aber immer müssen wir uns dahinter klemmen“, sagt Prigge, „wenn es gesetzlich nicht gefasst wird, passiert nicht viel“.

Barrierefreies Bauen und Umbauen, integrativer Unterricht, die Einführung von Assistenz, die Schaffung von Ausbildungs- und

Arbeitsmöglichkeiten, die Legitimation für die Beiräte und ihre Beteiligung an Planungsverfahren – das sind Punkte, die die Behindertenvertreter in ein Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz gegossen haben möchten.

Der Landesbehindertenrat als ihr Zusammenschluss wird Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen heute an ihr Versprechen vom März 2003 erinnern. Damals hatte sie die Verabschiedung eines Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode zugesagt. Bis dato lief aber noch keine Anhörung.

Die Ministerin bekommt einen Katalog überreicht, in dem jeder Beirat ein Thema vorbringt und seine Mithilfe anbietet. „Bitte fragen Sie uns, denn wir haben Erfahrung“, sagen die Betroffenen.

Stade, 5. Mai 2004

„Stader Tageblatt“

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

„Behindert sein heißt, nicht nur im Rollstuhl zu sitzen“

Interview zum „Tag der Gleichstellung“

(tk). Wolfgang Holz (55) ist stellvertretender Vorsitzender im Beirat für Menschen mit Behinderung im Landkreis Stade. Vor mehr als 20 Jahren ist er an Multipler Sklerose erkrankt. Der Buxtehuder sagt: „Behinderung kann jedem passieren.“ In einem WOCHENBLATT-Interview erläutert er den „Tag der Gleichstellung.“

WOCHENBLATT: Es gibt den Tag des Buches, den Tag des Kindes - und auch den „Tag der Gleichstellung“. Bringt das überhaupt etwas?

Holz: Es geht darum, daß das Bundesgleichstellungsgesetz nicht nur in Schubladen liegt. Es muß was gemacht werden, großen Worten müssen auch Taten folgen. Der Gleichstellungstag soll ein Protessttag sein

WOCHENBLATT: Gleichstellung - ist das nicht irreführend wenn es um Behinderung geht. Oder geht es um eine politisch korrekte Wortwahl?

Holz: Der Begriff ist sozusagen politisch korrekt. In der Politik ist das eine gängige Vokabel. Das Bundesgesetz heißt übrigens auch Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen.

WOCHENBLATT: Ist der Begriff „behindert“ also falsch?

Holz: Beim Wort behindert denken viele Menschen einfach nur an Rollifahrer. Es gibt aber auch Leute mit einem steifen Bein, Sehbehinderte oder auch die Mutter, die einen Kinderwagen schiebt.

WOCHENBLATT: Was ist denn die zentrale Forderung an diesem Tag?

Holz: Eine zentrale Forderung gibt es nicht, es gibt viele Fragen und Forderungen. Besonders wichtig: Es gibt zwar ein Bundesgleichstellungsgesetz, aber kein Landesgesetz. In Niedersachsen wollen wir außerdem das Verbandsklagerecht. Bisher kann nur

eine einzelne Person klagen. Zum Beispiel dann, wenn ein Behinderter nicht in einen Bus einsteigen kann. Im Bundesrecht gibt es die Verbandsklage schon. Das wollen wir auch hier. Das ist im Entwurf des niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes aber nicht einmal vorgesehen. Außerdem sind uns Zielvereinbarungen



Wolfgang Holz (55): In Niedersachsen muß ein Gleichstellungsgesetz her Foto: tk

wichtig. Das bedeutet zum Beispiel: Ein Verband vereinbart landesweit mit einer Supermarktkette die Verpflichtung, den barrierefreien Einkauf zu ermöglichen.

WOCHENBLATT: Wie beurteilen Sie die Situation Behinderter und deren Interessenvertretungen in den Landkreisen Stade und Harburg?

Holz: Im Landkreis Harburg klappt die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung sehr gut. Dort ist der Beirat auch von allen Betroffenen gewählt worden. Im Kreis Stade ist das nicht so. Hier sind wir noch am Anfang. Oft habe ich das Gefühl, man begrüßt uns zwar mit offenen Armen - aber dahinter kommt nur die Wand.

Stade, 5. Mai 2004

„Neue Buxtehuder“

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Behindertenbeirat der Stadt
Syke
Andreas Evenburg
Henstedter Straße 30
28857 Syke
E-mail: evenburg@tiscali.de

Brief an die Ministerin

SYKE ▪ Heute ist der Europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen. Aus diesem Anlass hat der Behindertenbeirat der Stadt Syke einen Brief an die Niedersächsische Sozialministerin, Dr. Ursula von der Leyen, geschrieben. Darin heißt es: „Wie können wir Ihnen bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein? Was können wir tun, um sicherzustellen, dass unsere behinderten Geschwister mit ihren Freunden und Nachbars-

■ Beirat der ■ Behinderten

kindern in der nächsten Schule zusammen lernen können? Bitte fragen Sie uns, denn wir haben die Erfahrung?“

Der Behindertenbeirat beruft sich dabei auf eine Aussage des Staatssekretärs im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Gerd Hoofe, während des 15. Treffens des Landesbehindertenbeirats am 18. März 2003. Dort habe Hoofe einen Gesetzentwurf für ein Gleichstellungsgesetz angekündigt. Das habe die Ministerin im März 2004 noch einmal bestätigt.

Da nach mehr als einem Jahr nach der Ankündigung noch kein Entwurf zur Anhörung vorgestellt wurde, hat sich der Syker Behindertenbeirat zu diesem Brief entschieden.

Syke, 5. Mai 2004 - „Kreiszeitung“

Ein Gleichstellungsgesetz für Niedersachsen – Jetzt!

Gesetzesentwurf für Behinderte gefordert

Anlässlich des gestrigen „Europäischen Tags zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen“ richtet die Behindertenbeauftragte der Stadt Wolfsburg, Gudrun Kneiske-Spitzer, eine Forderung nach einem Gesetzesentwurf an die niedersächsische Sozialministerin Ursula von der Leyen.

Zentraler Kritikpunkt: Nicht nur der Bund, auch das Land Niedersachsen brauche eine gesetzliche Grundlage zur Gleichstellung von Behinderten. Nach Meinung Kneiske-Spitzers reiche das Bundesgleichstellungsgesetz nicht aus. Nach etlichen anderen Bundesländern, die bereits eine solche landesgesetzliche Regelung verabschiedet haben, solle nun auch die niedersächsische Regierung nachziehen.

Gerade Gudrun Kneiske-Spitzer und auch dem Behindertenbeirat liege die Integration in der Erziehung und im Arbeitsleben am Herzen, die nur über eine gelebte Gleichstellung ohne Diskriminierung zu erreichen sei, teilte Kneiske-Spitzer mit. GiB

Behindertenbeauftragte der
Stadt Wolfsburg
Gudrun Kneiske-Spitzer
Rathaus B - Zimer 267
38440 Wolfsburg
E-mail: gudrun.kneiske-
spitzer@stadt.wolfsburg.de

Behindertenbeirat der Stadt
Wolfsburg
Lydia Lauenroth
Th.-Heuss-Str. 25
38444 Wolfsburg
E-mail: l.lauenroth@gmx.de

Wolfsburg, 6. Mai 2004

„Wolfsburger Nachrichten“

Wolfsburg, 27. April 2004

„Wolfsburger Nachrichten“

Gleichstellungsgesetz lässt auf sich warten

Behindertenbeirat bietet Unterstützung bei der Formulierung an

Der Behindertenbeirat Wolfsburg fragt die Niedersächsische Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen zum 5. Mai, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen: „Wie können wir bei der Erstellung eines Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes behilflich sein? Was können wir tun, um sicherzustellen, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung

an den gesellschaftlichen Entscheidungen sichergestellt wird? Bitte fragen Sie uns, denn wir haben die Erfahrung!“

Während des 15. Treffens des Landesbehindertenrates am 18. März 2003 hat der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Gerd Hoofe, erklärt: „Wir beabsichtigen, einen Gesetzentwurf

für ein Gleichstellungsgesetz in den Landtag einzubringen. Das wird so rechtzeitig geschehen, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann.“

Da jedoch noch nichts passierte, bieten der Behindertenbeirat und der gesamte Landesbehindertenrat der Sozialministerin ihre Unterstützung bei der Formulierung eines Gleichstellungsgesetzes an.

Herausgegeben vom
Behindertenbeauftragten
des Landes Niedersachsen
Postfach 141, 30001 Hannover
Juli 2004

Schriftenreihe Band 35
Die Broschüre erscheint zeitgleich im Internet:
<http://www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de>

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier